

Die Erweiterung des Wohngebietes „Am Apfelbaumgarten“ an der Peripherie von Braunshardt

Seit auf der kommunalpolitischen Bühne bekannt gemacht wurde, dass in Weiterstadt-Braunshardt das Neubaugebiet „Am Apfelbaumgarten II“ in nordwestliche Richtung als derzeit letztes noch mögliches Landareal bebaut werden könnte, herrscht erstaunlicherweise eine unübliche Ruhe. Es sieht ganz danach aus, als fehlten den Protagonisten anlässlich der Größe und Komplexität eines solchen Vorhabens die Vorstellungskraft, wie damit umzugehen sei. Schließlich hat man es nicht alle Tage mit so einem Brocken zu tun.

Es fängt schon damit an, dass fruchtbares Ackerland, wenn es zu Bauland würde, ein für alle Mal dem landwirtschaftlichen Nutzen entzogen wird. Kann man das wollen? Ist das eine Chance oder Frevel? Es geht weiter, wenn auf 30 Hektar Fläche Bebauung entsteht, muss auch die notwendige Infrastruktur, Verkehr und Versorgung bereitgestellt werden. Wie bestimmt man, was an welche Stelle kommen soll?

Ein Wohngebiet für 2000 Neubürger

Immerhin könnten im Stadium des Endausbaus bis zu 2000 Bürger hier eine neue Heimat finden. Das bedeutet, dass sowohl Flächen für soziale Einrichtungen, sozialverträglichen bezahlbaren Wohnraum als auch für gutverdienende Bauherren bereitgestellt werden sollten.

Natürlich würde man versuchen die bekannten Probleme mit den lärmverursachenden Elementen Straßenverkehr, Bahn, Autobahn und Flugverkehr zu einem Minimalpegel zu bewegen. Wir Freie Wähler würden es begrüßen, wenn diese gewaltige Aufgabe als ganzheitliches Konzept geplant und dann in sinnvollen Teilabschnitten realisiert werden könnte. Dazu gehört auch, einen kompetenten und solventen Investor für die Erschließung als Partner für die Stadt zu finden. Die große Frage lautet also: Wie stellen wir fest, was wir wollen, wer nimmt zuerst

welches Geld in die Hand, was sind die Dinge, die in der Planung stehen sollten!

Um die Sprache wieder zu finden, begrüßen wir jeden Vorschlag zu diesem Thema.



Der Wohnungsdruck im Rhein-Main-Gebiet steigt

Da sich bei uns in Deutschland die Schere zwischen arm und reich immer mehr öffnet, werden die Anfragen nach bezahlbarem Wohnraum gerade hier im Rhein-Main-Gebiet häufiger. Um Menschen, die die Mieten auf dem freien Markt nicht mehr bezahlen können, im Ort zu halten, muss bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden. Die FWW strebt hierzu an, private Investoren zu finden, die sich in Kooperation mit der Stadt in den Sozialen Wohnungsbau einbringen. Auch die zurzeit ins Gespräch gebrachte kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft ist eine, nach Ansicht der FWW, gute Idee, den Mangel an Sozialwohnungen in den Kreisgemeinden nach und nach zu beseitigen.

Weiterstadt hat diesbezüglich schon viel gemacht, leider noch nicht genug. Wir setzen uns dafür ein, dass bei allen baulichen Erschließungsmaßnahmen das Thema „Sozialwohnungen“ genügend Beachtung findet. Eine große Chance hierzu haben wir, wenn nun zügig die Planung für das neue Baugebiet „Apfelbaumgarten II“ angegangen wird.

Barrierefreiheit für Alle

In der FWW wird die Unterschrift der Bundesregierung unter die UN-Behindertenrechtskonvention 2009 sehr ernst genommen. Diese Konvention beinhaltet die Gleichstellung aller Menschen, mit und ohne körperliche, geistige und seelische Behinderungen.

Was wir als unsere allererste Aufgabe ansehen, ist ein Bewusstsein in unserer Stadt dafür zu schaffen, dass allein durch die Achtsamkeit und den Respekt vor der Vielfalt der Menschen viele Barrieren entfernt werden können.

Wir werden in der FWW darauf achten, dass in allen Gremien der Stadt immer Menschen mit Behinderungen gehört werden, dadurch allein werden sich viele Veränderungen ergeben.

Die Kommunikation untereinander, die Wahl der Sprache, schafft zwischenmenschliche Barrieren, die nicht jedem bewusst sind, daran werden wir arbeiten. Auch ein politischer Gegner sollte sich der Achtsamkeit im menschlichen Umgang besinnen, bevor er loslegt.

Die FWW wird den Behindertenbeirat in seiner Arbeit unterstützen und Sorge dafür tragen, mit sachlichen Argumenten eine gute Arbeitsbasis zu schaffen. In allen städtischen Beiräten sollten Menschen mit Behinderungen vertreten sein und aktiv mitarbeiten.

Das hohe Ziel der „Barrierefreiheit für Alle“ erfordert Zeit, Geduld und ein respektvolles Miteinander. In diesem Sinne, die FWW bleibt dran.

Straßenbeitragssatzung

Die Straßenbeitragssatzung ist nach der Hessischen Abgabenordnung gesetzlich vorgeschrieben. Die Form der Umsetzung obliegt aber den einzelnen Kommunen. Das Weiterstädter Parlament hat sich 2014 für die Variante der „Wiederkehrenden Straßenbeiträge“ entschieden und hierfür das Stadtgebiet in 7 Abrechnungsgebiete eingeteilt. Das heißt, dass nach dieser Methode alle Bürger innerhalb eines Abrechnungsgebietes an den Kosten für eine Grundsanierung einer Straße beteiligt werden und nicht nur die direkten Anlieger.

Bei diesem Verfahren wird die Kostenlast auf viele Schultern verteilt und für die einzelnen betroffenen Bürger bleibt es eine überschaubare finanzielle Belastung. Abrechnungsgebiete sind u.a. Ortslage Gräfenhausen, Gebiet Braunshardt, Kernstadt Weiterstadt, Gebiet

Schneppenhausen. Gewerbegebiete und Außenbereiche werden gesondert eingeteilt. Eine Satzung regelt das Verfahren der Kostenbeteiligung durch die Bürger (nachzulesen auf der Homepage der Stadt unter dem Zweig „Satzungen“). Welche Maßnahmen stehen nun in den nächsten Jahren u.a. an:

Gräfenhausen: Fahrbahn „Roter Platz“, Oberdörfer Stadtweg, Ostendstraße, Taunusstraße

Braunshardt: Lindenstraße, Georgenstraße

Weiterstadt: Südliche Bahnhofstraße, Darmstädter Str. (von Bahnhofstraße bis Griesheimer Str.), Rheinstraße, Liebfrauenstraße

Die Gesamtkosten für all diese Maßnahmen betragen gut 5 Millionen Euro, davon werden etwa 3,8 Millionen Euro gem. der Straßenbeitragssatzung auf die Bürger umgelegt. Einige Straßen werden wahrscheinlich im Zusammenhang mit notwendigen Kanalsanierungen erfolgen. Bei diesen Baumaßnahmen werden die Kosten zwischen Stadt, Stadtwerke und Bürger geteilt.

**„SPD und FWW sind sich darüber einig, dass allen Maßnahmen, die zum Werterhalt der städtischen Liegenschaften und Straßen unbedingt notwendig sind, Vorrang einzuräumen ist!
(Auszug aus dem Kooperationsvertrag)**

Feuerwehrgerätehaus Weiterstadt muss saniert werden

Ein Feuerwehrgerätehaus in der Rudolf-Diesel-Straße kommt in die Jahre und generalsaniert werden. Es regnet durchs Dach, und die gesamten technischen Einrichtungen müssen erneuert werden. Auch ist dieses Gebäude viel zu klein und entspricht nicht der Energieeinsparverordnung. Nach Auflösung der Einsatzabteilung Braunshardt sind deren aktiven Mitglieder in die Feuerwehr Weiterstadt eingegliedert worden, was zu weiteren Platzproblemen führte. Spinde für die Einsatzkleidung müssen in den Gängen und Fluren stehen.

Im Einsatz werden die Feuerwehrleute mit sehr vielen Stoffen, die gesundheitsgefährlich sind, konfrontiert. Dies können Schadstoffe im Brandrauch, Chemikalien, aber auch infektiöse Krankheitserreger sein. Deswegen ist es erforderlich, dass die Feuerwehrleute nach einem

Einsatz die kontaminierte Kleidung ablegen, danach duschen können und erst dann wieder in Kontakt mit ihrer normalen Kleidung kommen. Dies ist nicht nur zur Erhaltung ihrer eigenen Gesundheit unumgänglich, sondern schützt auch ihre Familien. Hierfür müssen die Sozialräume komplett umgestaltet und erweitert werden. Dabei muss auch berücksichtigt werden, dass für das weibliche Feuerwehrpersonal eigene Sanitär- und Sozialräume geschaffen werden müssen.

Nachwuchsarbeit ist wichtig!

Neben den Jugendfeuerwehren gibt es in allen Feuerwehren Weiterstadts auch Bambini-Feuerwehren. In den Jugend- und Bambini-Feuerwehren wird nicht nur Feuerwehrwissen vermittelt, sondern auch Allgemeinwissen und Gemeinschaftssinn. Diese Arbeit mit Jugendlichen und Kindern fügt sich übrigens besonders in die Bildungslandschaft Weiterstadts ein. Dies alles benötigt mehr Platz als bisher vorhanden.

Neubau oder Sanierung?

Das Ganze kann man auch in einem Neubau verwirklichen. Aber da stellt sich die Frage, wohin mit einem Neubau. Die Feuerwehr muss nach der Notrufannahme innerhalb von 10 Minuten jeden Punkt ihres Einsatzbereichs erreichen können. Dieser reicht von den Sportanlagen „Am Aulenberg“, JVA, bis in die Riedbahn mit den Einkaufszentren. Dadurch kommt man am jetzigen Standort nicht vorbei. Zumal das Zusammenwirken der Feuerwehr mit dem Bauhof gut funktioniert.

Ist die Stadt auf Katastrophen vorbereitet?

Stromausfall, Überschwemmungen, Explosionen sind heute kein Horrorszenario mehr. Auf solche kritischen Situationen muss die Feuerwehr vorbereitet sein. Weiterstadt ist mit seinen Stadtteilfeuerwehren auf einem guten Weg. Wichtig ist, dass die Infrastruktur stimmt. Daher sind wir der Meinung, dass bei den anstehenden Baumaßnahmen, das Feuerwehrgerätehaus mit einer eigenständigen Notstromversorgung ausgestattet werden muss. Denn wenn so ein Fall eintritt, dann ist nicht nur die Feuerwehr gefragt, sondern auch andere Teile der städtischen Verwaltung. Da wird ein Krisenstab unter Leitung des Bürgermeisters oder dessen Vertreters eingerichtet, der voll funktionsfähig sein muss.

Wir wünschen der Feuerwehr, dass die Meinungsbildung nicht zu lange dauert und die Maßnahmen 2018 beginnen können.

8 Monate Kooperation mit der SPD

Nach der Kommunalwahl 2016 hatten sich nach den Sondierungsgesprächen mit CDU/ALW auf der einen und der SPD auf der anderen Seite die Mitglieder der FWW für eine Kooperation mit der SPD entschieden. Hier sah man die größte Gemeinsamkeit in der Umsetzung der politischen Ziele. Entscheidend war auch die Zuverlässigkeit des politischen Partners. Hier hatten die Mitglieder großes Bedenken, was eine Zusammenarbeit in den nächsten 5 Jahren mit der ALW anbetrifft.

Positive Zusammenarbeit mit SPD

Der Fraktionsvorsitzende der FWW, Kurt Weldert, zieht nach den ersten Monaten ein positives Fazit. „Wir haben in den gemeinsamen Fraktionssitzungen eine intensive, aber zielorientierte Diskussion und wir haben nie das Gefühl, der Juniorpartner zu sein,“ stellt Kurt Weldert fest und ergänzt „unser Kooperationsvertrag schreibt die wichtigen gemeinsamen Ziele zum Teil mit Wirkung über die nächste Wahl hinaus fest, lässt aber jeder Fraktion so viel Freiheit, eigene Standpunkte vertreten zu können.“

Weiterstadt ist ein guter und starker Wirtschaftsstandort. Wir wollen, dass das auch in Zukunft so bleibt.

ALW trauert der Macht nach

Dass die Kooperation sich auf harte Oppositionsarbeit einstellen muss, haben die ersten Monate gezeigt. Dabei wird nicht immer mit sachlichen Mitteln gekämpft. Gerade die ALW scheint ihren Machtverlust der letzten 10 Jahre noch nicht überwunden zu haben. So mussten wir in den letzten Wochen erleben, wie mit unnötigen Geschäftsordnungsdiskussionen seitens der ALW sachliches Arbeiten behindert wurde.

Wir Freien Wähler werden uns in unserer Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger nicht auf dieses Niveau herablassen. Für uns steht sachorientierte Politik sachorientierte Politik zum Wohle Weiterstadts im Vordergrund. Für die Umsetzung dieses Ziels erscheint uns die SPD der verlässlichere Partner.

Alte Schlossschule Gräfenhausen

Nach einer Begehung der Alten Schlossschule in Gräfenhausen hat sich die FWW ein Bild machen können, wie der Sanierungsbedarf dieses städtischen Gebäudes ist und mit welchen Kosten die Stadt rechnen müsste, wenn sie dieses Gebäude selbst grundhaft sanieren würde.

Vertreter des städtischen Bauamtes erläuterten, dass u.a. das Dach komplett saniert, neue Sanitäranlagen eingebaut und die Heizungsanlage erneuert werden müssen. Weiterhin sind neben energetischen Maßnahmen auch Brandschutzauflagen zu berücksichtigen. Dies alles wird sicherlich fast 2 Millionen Euro kosten, Geld, das die Stadt zurzeit schwerlich aufbringen kann, da demnächst wichtigere Projekte angegangen werden müssen.

Daher wäre für die FWW der Verkauf der alten Schlossschule unter den bestimmten Voraussetzungen eine der möglichen Optionen. Für uns kommt die Zustimmung zu einem Verkauf allerdings nur dann in Frage, wenn sich der Käufer verpflichtet, das Bild der Außenfassade sowie den alten Schulhof zu erhalten sowie auch weiterhin Räumlichkeiten für Bürger und städtische Einrichtungen zur Verfügung zu stellen.

**SPD und FWW sind sich einig, dass die Bildungslandschaft stetig weiterentwickelt werden müssen
(Auszug aus dem Kooperationsvertrag)**

Bildungslandschaft Weiterstadt

Die Diskussion und die Arbeit zum Projekt „Bildungslandschaft“ begann nach Auswertung der PISA Studie 2001. Im größten internationalen Schulleistungstest erzielten deutsche Schülerinnen und Schüler nur mäßige Ergebnisse. Auch in Weiterstadt wurde in vielen Podiumsdiskussionen dieser Sachverhalt thematisiert und daraus resultierend gründete sich der Bil-

dungsberat im Jahre 2002. Dieser ist ein Gremium zur Entwicklung bildungspolitischer Maßnahmen auf lokaler Ebene.

Dem ersten Bildungsbericht wurde von der Stadtverordnetenversammlung 2004 einstimmig zugestimmt. Aus dem Bildungsbericht entstand dann der erste Bildungsgesamtplan für die Jahre 2005-2010. Der Schwerpunkt lag dabei auf dem Thema: „Kinder gut begleiten und Institutionen miteinander vernetzen“.

Als weiterer Meilenstein folgte das Konzept „Bildung aus einer Hand“ zur Gestaltung von Ganztageschule. Das Weiterstädter Modell für Ganztagsgrundschulen fand sehr schnell als Referenzmodell überregionale Beachtung.

Das Bundesweite Modellprojekt „Lebenswelt Schule“ entstand.

Weiterstadt wurde von der Jacobs Foundation und der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung für die Teilnahme an dem Projekt: „Lebenswelt Schule“ ausgewählt. Wesentliche Bausteine dieses Projektes waren: „Kinder auf ihren Weg begleiten, stützen und individuell fördern. Vernetzung von Kindergarten, Grundschule und weiterführende Schule“. Dabei war ein Schwerpunkt die Gestaltung und Begleitung der Bildungsübergänge.

Der neue Bildungsgesamtplan 2016-2020 beinhaltet nun auch die Ganztagschulentwicklung, Inklusion, Integration und Chancengerechtigkeit. Auch der Aktionsplan „Demokratie (er-)leben mit Kindern, Jugendlichen und deren Familien“ wurde in diesen Bildungsgesamtplan integriert.

Die Mitglieder des Bildungsbeirates haben in über 10 Jahre ehrenamtliches Engagement für die Entwicklung der Bildungslandschaft Weiterstadt bundesweit Anerkennung und Wertschätzung erreicht. Die FWW ist dankbar, dass wir dieses Gremium haben und wird es auch weiterhin unterstützen.

**Möchten Sie Weiterstadt mitgestalten?
Sprechen Sie uns an!**

Der FWW-Blitz ist ein Mitteilungsblatt der Freien Wähler Weiterstadt e.V.

Verantwortlich: Manfred Berger (Vereinsvorsitzender) und Kurt Weldert (Fraktionsvorsitzender)

Geschäftsstelle: Westring 103, 64331 Weiterstadt; E-Mail: FWW_Weiterstadt@gmx.de

